Reinhard Müller

SCHWARZ • ROT • GUT

Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet

Frankfurter Allgemeine Buch

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Frankfurter Allgemeine Buch

© FAZIT Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Coverillustration: Julian Rentzsch
Umschlag: Kerim Demir
Satz: Frankfurter Allgemeine Buch
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

1. Auflage
Frankfurt am Main 2020
ISBN 978-3-96251-084-8

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

ALLEN, DIE DIE FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
MACHEN UND LESEN.

INHALT

11
EINFÜHRUNG

13
WAS IST DEUTSCHLAND?

Schuld und Wunden 13
Wir als Preußen und Germanen 18
Ein Flickenteppich, der nicht kaputtzukriegen ist 25

30
WIEDERVEREINIGUNG

Es musste so kommen 29
Ein Land ohne Friedensvertrag? 34
Bauernland in Junkerhand 38

45
EIN SOUVERÄNER STAAT

Staatlichkeit ist kein Fetisch 45
Souveränität ist kein Panzer mehr 54

59
DEUTSCHLAND IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Demokratie im Nationalstaat 59
Europa als Staatsräson 62
Grenzen der EU 63

69
RECHTSSTAAT

Rechtsstaat versus Demokratie 69
Defizite in der EU 71
Gefahren in Deutschland 74

85
FÖDERALISMUS

Vorbild für die Welt 85
Wenn der Bund übermütig wird
und sich Länder kaufen lassen 87
Recht auf Abspaltung? 93
Bitte mit Fingerspitzengefühl 98
Bewährt – gerade auch in der (Corona-)Krise 101

105
DER MENSCH UND SEINE RECHTE

Darf man noch alles sagen? 105
Freiheit von der Wiege bis zur Bahre 111
Ehe für alle? 116

123
GLEICHHEIT

Welche Wirtschaftsordnung? 123
Vergesellschaftungsphantasien 125

131
RELIGION

Ein christlicher Club? 131
Der Staat und das Kopftuch 133

141
PFLICHT

Dienst für jeden? 141
Bundeswehr unter Generalverdacht 144

155
DER SCHATTEN VON WEIMAR

Geburt eines freien Staatswesens 155
Offene Ordnung 165
Dem Terror trotzen 172
Weimarer Verhältnisse? 174

183
INNERE EINHEIT

Wann hat es sie je gegeben? 183
Jeder muss sich entscheiden 186

195
SCHWARZ • ROT • GUT

199
QUELLENHINWEISE

203
DER AUTOR

EINFÜHRUNG

Was macht Deutschland anders? Warum steht es gut da? Schon bald nach Beginn der Corona-Pandemie schauten viele auf dieses Land, das nun seinen 30. Geburtstag als wiedervereinigter Staat feiert. Von der New York Times bis zum britischen Unterhaus fragten sich viele: Was ist so besonders am deutschen Weg? Zwar war das Land nicht so früh betroffen wie Italien, es hatte Zeit sich vorzubereiten, aber das galt zum Beispiel auch für Frankreich, Spanien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Und doch war die Sterblichkeit hierzulande deutlich niedriger, das Gesundheitssystem geriet kaum an seine Grenzen. Die Bundeskanzlerin wurde allseits gelobt. Doch lag es an ihr oder an einzelnen Ministerpräsidenten, dass die Krise so gut bewältigt wurde? Oder liegen die Gründe tiefer?

Woran liegt es, dass Deutschland in der EU, aber auch darüber hinaus als Fluchtpunkt und Vorbild gilt? Am System und an den Menschen? Gewiss, aber im luftleeren Raum ist dieser Staat nicht entstanden. Dass Deutschland so gut dasteht, ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass dieses Land vor 75 Jahren am Boden und in der Seele zerstört war. Auch damals konnte es freilich an eine Vergangenheit anknüpfen. Sie reicht noch viel weiter zurück als die nationalsozialistische Herrschaft – auch wenn diese im offiziellen Gedenken nachvollziehbarerweise im Vordergrund steht. Der Föderalismus wird heute gern gescholten – er hat aber nicht nur eine lange, international bewunderte Tradition: die Bundesstaatlichkeit, die vertikale Gewaltenteilung und die kommunale Selbstverwaltung in allen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft erweisen sich geradezu als Krisen-Lösungsmittel erster Güte.

Es gab, im Schlechten, aber auch im Guten, keine Stunde null. So wie auch für die Wiedervereinigung, auch wenn nicht mehr viele

an sie glaubten, Vorkehrungen getroffen worden waren. Der souveräne Staat ist dabei kein Fetisch mehr, wohl aber bleibt er Herr auch der europäischen Verträge. Der Staat ist das Gemeinwesen, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bisher am besten aufgehen können. Im Vordergrund stehen der Mensch und seine Rechte; manches finden wir vor, auch in der Natur. Wie steht es mit Gleichheit, Religion und der Pflicht am Gemeinwesen? Kann wieder der Absturz in die Barbarei drohen? Ist Deutsch-land heute eins? Und was kann dieses Land von Einwanderern verlangen?

Dieses Buch ist das Ergebnis einer nun schon jahrzehntelangen Beschäftigung mit Deutschland und fußt zugleich auf zahlreichen Artikeln und Gedanken, die der Autor in mehr als 20 Jahren in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu Papier gebracht hat. Vieles hat Bestand, es wurde aber auch neu in die Zeit gestellt. Und natürlich gibt es auch ganz neue Überlegungen zum Thema. 30 Jahre Deutsche Einheit und die Corona-Krise sind somit nur der Anlass, etwas tiefer in Geschichte und Gegenwart einzutauchen und in verschiedenen Facetten der Frage nachzugehen, wie wir wurden, was wir sind. Welches sind die Fundamente, auf denen Deutschland sich immer wieder neu erfinden kann?

Reinhard Müller
Im Juli 2020

WAS IST DEUTSCHLAND?

SCHULD UND WUNDEN

Deutschland? Der Name kann immer noch Provokation und Belastung sein. Doch die „Nie wieder Deutschland"-Rufe, die noch im Zuge der Wiedervereinigung gelegentlich zu hören waren, sind weitgehend verstummt. Deutschland ist eine Selbstverständlichkeit und kein großer Streitpunkt mehr. Es ist eben ein Land, das Land, in dem man lebt, in dem es einem ganz gut geht, wie im Vergleich zum Ausland gelegentlich klar wird. Die Corona-Krise hat das wieder ins Gedächtnis gerufen.

Deutschland und deutschsein werden nicht mehr besonders thematisiert. Aber das wir so sind, wie wir sind, ist ja kein Zufall, sondern hat seine Gründe. Und die liegen in der Vergangenheit.

Es fällt freilich auf, dass dieser Blick zurück meist in der jüngeren Vergangenheit verharrt. Das ist verständlich: Im Vordergrund steht, was den Zeitgenossen noch in Erinnerung ist. 30 Jahre Wiedervereinigung. Vor allem jedoch die Schreckensherrschaft der zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur, die das Land und seine Nachbarn weiterhin prägen und die nicht vergehen wollen und sollen.

Oder auch – für ein breites Publikum schon weniger interessant – 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, an die 2019 erinnert wurde. Doch was ist mit der Zeit davor? Da wird es dünn.

Deutschland dient allenfalls als negative Projektionsfläche. Die offizielle Erinnerung bricht ab. Vom Reich spricht man nicht mehr. Das ist verständlich mit Blick auf terroristische „Reichsbürger", welche die demokratische Ordnung nicht anerkennen, und verfassungsfeindliche Äußerungen aus der AfD. Doch auch gefährliche Wirrköpfe ändern die Historie nicht und soll-

ten auch keinen Einfluss nehmen. So wichtig es ist, vor ihnen zu warnen und sie im Auge zu behalten: Ihnen darf man die Geschichte nicht überlassen.

Das offizielle Gedenken ist natürlich immer ein Kind seiner Zeit. Obwohl Deutschland gleichsam auf der Schädelstätte eines Völkermords wiederaufgebaut wurde, spielte das in der ersten Nachkriegszeit nicht die Hauptrolle. Kein Wunder: Die Täter und Mitläufer waren nicht nur „unter uns", sondern in wichtigen Positionen in Staat und Gesellschaft. Zudem ging es anfangs buchstäblich ums Überleben und später um das Funktionieren, dieses Mal aber – in der Bundesrepublik – in einem demokratischen Gemeinwesen. Die Beschäftigung mit dem Ausmaß der Verbrechen und der eigenen Verstrickung setzte so erst spät ein; in der Breite womöglich erst mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust" (in Deutschland 1979).

Und noch danach stand man auch im hochoffiziellen Gedenken eher eng zusammen. So gibt es eine gewisse Kontinuität von der Ehrenerklärung Bundeskanzler Adenauers für alle „Waffenträger unseres Volkes", die auch Angehörige der Waffen-SS einbezog, bis in die achtziger Jahre, in denen sich Bundespräsidenten ausdrücklich für die Entlassung des einstigen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aus alliierter Haft einsetzten.

Jetzt ist eine andere Entwicklung zu erkennen, jedenfalls in der Erinnerungspolitik des Staatsoberhaupts. Obwohl der zeitliche Abstand zu den unfassbaren Gräueln der nationalsozialistischen Diktatur zunimmt, sind diese Untaten mehr denn je Gegenstand der Reden von Bundespräsident Steinmeier.

Das ist mehr als verständlich für seine Reden etwa in Polen und Italien an Stätten deutscher Verbrechen und zu ihren Jahrestagen. Dem Terror folgten, so der Bundespräsident aus Anlass des Geden-

kens an den deutschen Angriff auf Polen vor 80 Jahren, „Zerstörung, Demütigung, Erniedrigung, Verfolgung, Folter und millionenfacher Mord an polnischen Bürgern, an polnischen und europäischen Juden. Welcher Deutsche wollte auf Wielun schauen, auf Warschau oder Palmiry, auf Auschwitz und andere Orte der Schoa, ohne Scham zu empfinden?“ In der Tat: Zahlreiche Orte, auch solche, die kaum bekannt sind, wurden ausgelöscht, seine Bewohner ermordet und vertrieben. Steinmeier zitiert Thomas Mann: „Man hat mit Deutschland zu tun und deutscher Schuld, wenn man als Deutscher geboren ist.“ Er sagte in Polen: „Unrecht und erlittenes Leid können wir nicht ungeschehen machen. Wir können es auch nicht aufrechnen.“

So ist es. Aber war das Aufrechnen je deutsche Politik? Und ist Nicht-Aufrechnen gleichbedeutend mit Schweigen? Die Vertreibung von Millionen von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat jedenfalls erwähnte Steinmeier mit keinem Wort. Nun sprach der Bundespräsident in einem anderen Kontext als seinerzeit Bundeskanzler Willy Brandt, der 1970 in Warschau schlicht niederkniete. Damals ging es auch um den Status Deutschlands und damit auch um die Vertreibung. Zudem waren die Verbrechen auch der Wehrmacht, war die Art des Vernichtungskrieges so noch nicht im öffentlichen Bewusstsein präsent.

Andererseits sprach Steinmeier jetzt zu einer Zeit, da in Polen weiterhin und auch aus der Regierung heraus Reparationsrechnungen aufgemacht werden. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte in seiner Danziger Gedenkrede, man müsse Wiedergutmachung verlangen. Staatspräsident Andrzej Duda äußerte, das polnische Parlament werde bald „eine Rechnung vorlegen“. Eine Arbeitsgruppe ist mit der Schätzung der Höhe befasst. Ein Minister nannte 2017 eine Schadenssumme von „bis zu 840 Milliarden Euro“. Auch aus Griechenland und Italien werden weiterhin Reparationen von Deutschland gefordert.

Nun ist die offizielle deutsche Position, dass es für Reparationen keinen Raum mehr gibt. Auch Bundespräsident Steinmeier hat diese Linie zu achten, gerade weil er Deutschland nach außen vertritt. Jeder Präsident hat gewiss eine andere Tonalität; die Steinmeiers ist anders als die Joachim Gaucks. Steinmeier findet jedenfalls für die Schuld Deutschlands mehr Worte als Willy Brandt, dem eine große Geste reichte.

Auch in seiner Rede zum 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag des Kriegsendes, erwähnte Steinmeier die Vertreibung nur ganz knapp. Überschattet war die Feier, die nur in ganz kleinem Rahmen stattfand, von der Corona-Krise und von der „Versuchung eines neuen Nationalismus", von Hass und Hetze, von Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung, „nichts anderes als die alten bösen Geister in neuem Gewand", so der Bundespräsident, der auch einen Bogen zu den jüngsten Anschlägen zog. „Wir denken an diesem 8. Mai auch an die Opfer von Hanau, von Halle und Kassel. Sie sind durch Corona nicht vergessen!"

Richard von Weizsäcker sprach dagegen noch 1985, als also ein beträchtlicher Teil der Erlebnisgeneration noch unter uns war, aber vor der Wehrmachtsausstellung über die Beteiligung auch der Soldaten an ungeheuerlichen Verbrechen: „Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn?"

Und dennoch, so der damalige Bundespräsident, sei von Tag zu Tag klarer geworden, „was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle

befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft." Weizsäcker hatte diese Formel keineswegs erfunden, sie war von deutschen Politikern schon früher gebraucht worden. Doch diese umfangreiche Rede eines ehemaligen Wehrmachtsoffiziers war gleichsam eine Beichte *ex cathedra,* eine hochoffizielle Erklärung des immer noch neuen Deutschland für die Welt.

Weizsäcker erinnerte schon damals an das, was heute Hauptinhalt des offiziellen Gedenkens ist: „… wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte." Deutschland dürfe den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Der Bundespräsident von 1985 sagte aber auch etwas, was ungleich seltener zitiert wird: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern." Er fügte hinzu, „wir" hätten „wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg." Weizsäcker, der – anders als Steinmeier Jahre später – in der Regel von „wir" sprach und nicht „ich" sagte, gedachte zunächst aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft, dann der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Dann aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und Polens, die ihr Leben verloren haben.

„Als Deutsche gedenken wir", so fuhr Weizsäcker fort, „in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Und später: „Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist

noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz."

Hiervon ist bei Steinmeier keine Rede mehr. Die Zeit ist zweifellos eine andere. Das Wiederaufflammen eines Rechtsextremismus bis hin zum Terrorismus erfordert gerade auch nach außen und im Ausland ein anderes Auftreten. Deshalb sprach Steinmeier am 8. Mai 2020 davon, dass Deutschland vor 75 Jahren befreit worden sei, doch: „Heute müssen wir uns selbst befreien."

Das ändert freilich nichts an Deutschlands Wunden. Die Erinnerung verblasst auch hier mit dem Sterben der Erlebnisgeneration. Doch durch Verschweigen überlässt man das gebotene Gedenken an die deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung den Verfassungsfeinden. Nicht mehr an die ganze Geschichte zu erinnern, beruhigt auch das Ausland keineswegs – so sehr konkrete Versöhnungsgesten auch geschätzt werden. Schließlich ist auch dieser Teil der deutschen und europäischen Geschichte auf Schritt und Tritt präsent. Er vergeht nicht.

WIR ALS PREUSSEN UND GERMANEN

Es gibt freilich bemerkenswerte Ausnahmen der Erinnerungskultur, wie vor fast 30 Jahren das Volksfest zur Umbettung Friedrichs des Großen in Potsdam. Es war – zwei Jahrhunderte nach dem Tode des Preußenherrschers und seines Vaters, des „Soldatenkönigs" Friedrich Wilhelm I. – zugleich eine Art Ungehorsam und ein Staatsakt. Ungehorsam, weil Friedrich II. testamentarisch verfügt hatte, in aller Stille in der Gruft des Schlosses Sanssouci beigesetzt zu werden. Staatsakt, weil Bundeskanzler Helmut Kohl teilnahm, als einziges Nichtfamilienmitglied und „als Privatmann". Aber es spielte nicht nur ein Polizeiorchester,

als der Sarg hinabgesenkt wurde. Der Sonderzug mit den Särgen, die in der Hohenzollernburg am Rand der Schwäbischen Alb ihre vorläufige Bleibe gefunden hatten, wurde in Potsdam von einem Musikkorps der Bundeswehr empfangen, und sechs Stabsoffiziere der Bundeswehr standen den ganzen Tag über im Wechsel Ehrenwache am Sarg Friedrichs des Großen.

Der Enkel des letzten deutschen Kaisers, Prinz Louis Ferdinand von Preußen hatte versprochen, die beiden Preußenkönige in die brandenburgische Heimat zurückzuführen – und das wiedererstandene Bundesland Brandenburg unter sozialdemokratischer Führung organisierte die Feier.

Und das war es wirklich: eine Feier, ein Volksfest. Unter großem Polizeiaufgebot übrigens. Doch das erwies sich als unnötig. Keine spürbare Störung war zu verzeichnen. Wohl aber eine friedliche Demonstration, auf die Ministerpräsident Stolpe stolz war. Eine kleine Gruppe erinnerte etwa an den „schwulen König Friedrich". Sie hatten sich im Stil der damaligen Zeit gekleidet wie manch andere Grüppchen auch. Doch die Mehrheit der überwiegend älteren Besucher aus Brandenburg wie ganz Deutschland war älteren Jahrgangs und defilierte an jenem strahlenden Sommertag schweigend und diszipliniert nach langem Anstehen an den Särgen vorbei.

Die internationale Aufmerksamkeit war groß. Knüpfte das wiedervereinigte Deutschland, wie der Deutschlandfunk fragte, „mit dieser Zeremonie an undemokratische, preußische Traditionen" an? Der Historiker Hans Mommsen warnte: „Die Bundesrepublik hat – gerade nach der Vereinigung – das Problem, ihre Identität zu finden. Es ist sicherlich verkehrt, wenn jetzt, an der Spitze der Bundeskanzler, das Haschen nach dem Mantel der Geschichte einsetzt, und man dann versucht, etwa die Umbettung Friedrichs des Großen da als Anlass zu nehmen. Und wenn so wenig republika-

nische Gesinnung in den Köpfen der führenden Bonner Regierung drin ist, muss dagegen gehalten werden."

Ministerpräsident Stolpe aber sagte: „Wir stehen zu Preußen, denn es ist ein Teil brandenburgischer und deutscher und europäischer Geschichte. Wir werden zu widerstehen haben, wo Preußens Schatten uns einholen wollen, aber wir werden Preußens positive Traditionen weiterführen." Ein starkes Wort. Immerhin war Preußen von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst worden. Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 von 1947 hielt fest, dass Preußen „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland" gewesen sei und „in Wirklichkeit" aufgehört habe zu bestehen.

Doch diese Vergangenheit will und wird nicht vergehen. Das zeigt sich ganz aktuell im Streit über Ausgleichszahlungen für die Hohenzollern. Allein die Tatsache, dass Bund und Länder mit den ehemaligen Herrscherhäusern jahrelang verhandelten, belegt: Man kann der Geschichte nicht entfliehen. Und wenn der deutsche Staat selbst Ansprüche an die Hohenzollern stellen würde – zeigt auch das doch nur, dass man die Geschichte ernst nimmt.

Jedenfalls gehört Preußen zur deutschen Identität. Und nicht nur Preußen.

So erklärte Bundespräsident Roman Herzog dem ersten frei gewählten Präsidenten der Mongolei, Gegensätze zögen sich an. Das mache einen Teil der deutsch-mongolischen Freundschaft aus. „Den anderen Teil erklärt der Blick weit zurück in die Geschichte, als Ihr Volk, Herr Präsident, uns 1241 bei Liegnitz staunendes Fürchten lehrte. Seither, so fuhr Herzog fort, „ranken sich bei uns viele Legenden um die mächtigen Herrscher der Mongolei, um ihre wagemutigen und furchtlosen Menschen, um die weltweit bestaunten Meister der Reitkunst und um die hohe mongolische Kultur."

Dieses „uns“ wird bei uns eher selten für solche fernen historischen Ereignisse gebraucht. Und auch mit Blick auf die jüngere Vergangenheit ist eher selten zu hören, „wir“ hätten den Weltkrieg verloren. Und hier nimmt das deutsche Staatsoberhaupt die Schlacht bei Liegnitz in den Blick, als ein deutsch-polnisches Ritterheer von den Mongolen bis auf den letzten Mann vernichtet wurde.

Nun bemühen Präsidenten beziehungsweise deren Redenschreiber natürlich gern historische Anekdoten. Herzog wäre es ein Leichtes gewesen, einen Bezug zur jüngeren Vergangenheit herzustellen. Doch er wählte nicht nur ein gewiss markantes historisches Ereignis von vor 800 Jahren, sondern stellt auch noch heute eine Identifikation mit den Kämpfern von einst her.

Noch weiter zurück ging Bundeskanzlerin Angela Merkel, die eigentlich für längere historische Rückblicke, gar Pathos, nicht bekannt ist, als sie am 15. Mai 2009, also vor etwas mehr als einer Dekade und im Jahr 20 der friedlichen Revolution von 1989 an einem berühmtem Ort eine Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Imperium Konflikt Mythos. 2000 Jahre Varusschlacht“ in Kalkriese hielt. Anwesend waren auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, sowie die Ministerpräsidenten Christian Wulff und Jürgen Rüttgers.

Die Ausstellung sei „außergewöhnlich“, so die Bundeskanzlerin, weil „sie nicht, wie wir das in diesen Tagen oft tun, an 60 Jahre Bundesrepublik oder sogar nur an 20 Jahre Mauerfall erinnert, sondern weil das Ereignis, an das wir denken, 2000 Jahre zurückliegt. Aber je länger es zurückliegt, umso größer ist vielleicht die Faszination eines solchen Ereignisses wie die Varusschlacht. Sie ist Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, von Bildung und von Identität.“

Das „Wunderschöne“ sei, dass sie die Gedanken der Menschen in einem umfassenden Ausmaß beschäftigt, meinte die Kanzlerin. „Hier in Kalkriese soll an den tödlichen Hinterhalt des Cheruskerfürsten Arminius erinnert werden.“ Die Ausstellung gehe der Frage nach, warum bei den Germanen, die eigentlich die Sieger waren, keine Ruhe einkehrte, warum sie weiterhin permanent Krieg führten. Es sei schon oft darauf hingewiesen worden, „dass wir heute glücklicherweise in einer friedlichen Zeit leben. Allerdings haben wir das als Germanen eben auch nicht aus eigener Kraft geschafft, sondern es hat des europäischen Gedankens bedurft.“

Man hätte auch sagen können, dass das ein Befreiungskampf gegen römische Fremdherrschaft war, aber ein Hinterhalt war es und ein Krieg auch. „Von den Fragen an die Geschichte klingen einige immer noch sehr aktuell. Denn die Welt vor 2000 Jahren ist zwar mit der heutigen kaum zu vergleichen, aber Kriege gehören eben immer noch zum Alltag.“ Dann schlägt die Kanzlerin den Bogen nach Europa: „Mit Sicherheit“ werde die Varusschlacht „auch im Haus der Europäischen Geschichte ihren angemessenen Platz finden.“ Dies sei „ein spannender Teil europäischer Geschichte. Für uns ist es einer, der bei allem Leid der Schlacht ein erfolgreicher war. Man kann sich nicht ausdenken, was sonst gewesen wäre und wie die Germanen sich weiterentwickelt hätten. So sind wir froh, heute in einem friedlichen Europa zu leben und trotzdem am Ort dieser Schlacht zu sein.“

Am Ort der Schlacht. Auch der französische Präsident ging – wenn wir den Blick einmal kurz über die Grenze schweifen lassen – im Angesicht der Corona-Krise zurück in die Geschichte. Nicht ganz so weit wie die Varusschlacht, aber immerhin bis zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71, der mit der Gründung des Deutschen Reiches und der Krönung des Kaisers im Spiegelsaal von Versailles endete.

Emmanuel Macron hatte, wie Michaela Wiegel in der F.A.Z. vom 12. 6. 2020 schrieb, zur Analyse des politischen Debakels der Corona-Krise eine Buchempfehlung parat: Mit der Niederlage in der Schlacht bei Sedan entstand vor 150 Jahren ein Deutschland-Komplex unter französischen Intellektuellen, den der Literaturhistoriker Claude Digeon in seiner Doktorarbeit „die deutsche Krise des französischen Denkens" nannte. Die Arbeit erschien schon 1959 als Buch und ist nun von der Historikerin Mona Ozouf neu entdeckt worden, weil sie Fragen aufwerfe, „die wir uns noch immer stellen". Das französische Überlegenheitsgefühl wich demnach nach dem verlorenen Krieg 1870/71 schlagartig einer tiefen Verunsicherung und einer geradezu obsessiven Beschäftigung mit Deutschland. Ozouf spricht von einer „profunden intellektuellen Verletzung". Sie erinnert an die Fassungslosigkeit über den Abstieg, der innerhalb weniger Wochen besiegelt war. Die Niederlage wurde nicht nur als militärische empfunden, schmerzhafter noch wurde der Sieg der deutschen Wissenschaft und Technik wahrgenommen. Im Elysée-Palast verweist man dieser Tage gern auf Digeons Buch, um die Katastrophenstimmung in der abflauenden Epidemie zu erläutern.

Die Parallele zur aktuellen französischen Befindlichkeit drängt sich laut Wiegel auf. Fast täglich machen Philosophen, Politiker und Publizisten den Niedergang Frankreichs am Vergleich zu Deutschland fest. „Wir spielen nicht mehr am Hof der Großen mit", klagte der Philosoph Marcel Gauchet. „Wir sind nicht mehr in einer Liga mit Deutschland. Die Verwundbarkeit unseres Wirtschaftssystems hat sich auf deutliche Weise offenbart, während sich die industriellen Weichenstellungen Deutschlands ausgezahlt haben". Während der Corona-Krise habe der französische Staat sein schlimmstes Antlitz bürokratischer Kleinlichkeit und autoritärer Pingeligkeit gezeigt, ohne effizient zu sein.

Der Philosophieprofessor und Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy, Nachwuchstalent der rechtsbürgerlichen Partei Les Républicains (LR), spricht vom Ende der Illusionen. Er habe geglaubt, dass die gute Haushaltsführung in Berlin auf Kosten des Gesundheitssystems gehe, während Frankreich sich „das beste Gesundheitssystem der Welt" viel kosten lasse. Jetzt zeige sich, dass dies ein Irrglaube gewesen sei. Die zentralstaatliche Organisation mit dem Präsidenten als allwissendem Regenten rückt demnach in den Mittelpunkt der Kritik. Der jakobinische Staat, der von den Schulen bis zum öffentlichen Nahverkehr alles zentral verwalten wolle, sei ausgebrannt.

Kurz davor erst war in der französischen Öffentlichkeit das „Trauma von 1940" stark debattiert worden. Die Schwächen des französischen Gesundheitswesens, aber auch der staatlichen Organisationsstrukturen sind gerade im Vergleich mit Deutschland vielen Franzosen bewusst geworden. Der Schock über die größeren gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden der Pandemie in Frankreich saß tief. Bemerkenswerterweise wurden schon (oder noch) im Mai 2020 Parallelen zum Einmarsch deutscher Truppen 1940 gezogen, gegen den sich das Land mit der Befestigungslinie Maginot damals gewappnet fühlte. Von einer „seltsamen Niederlage" sprach der Historiker Marc Bloch; Frankreich sei nicht nur militärisch zusammengebrochen, sondern habe sich auch intellektuell und politisch selbst aufgegeben. Macron warnte dagegen vor „Fatalismus". Doch allein die weit in die Vergangenheit reichenden Kriegsvergleiche aus Anlass einer weltweiten Pandemie, in der das Nachbarland offenbar besser aufgestellt ist, zeigen, wie sehr die Historie vor aller öffentlichen Augen steht und die Debatte beeinflusst.

Nach alldem ist eine kleine Meldung des Deutschen Bundestages umso bemerkenswerter: Je 50 Abgeordneten von Bundestag und Assemblée nationale (Nationalversammlung, das Unterhaus des

französischen Parlaments) hatten sich am 28. Mai 2020, in einer Video-Sondersitzung der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung getroffen, um die aktuelle Situation beider Länder in der Covid-19-Pandemie zu beraten.

Am Ende der Sitzung kündigte der französische Parlamentspräsident Richard Ferrand das alle vier Jahre vorgesehene große Treffen von Bundestag und Assemblée nationale für 18. Januar 2021 in Versailles an. Man stelle sich allein die Idee vor: 150 Jahre Deutsches Reich werden an dessen Geburtsstätte, im Spiegelsaal des Prunkschlosses des damals gedemütigten Gegners, gefeiert.

Merkel ging in ihrer Rede zur Varusschlacht, wie gesehen, noch viel weiter zurück. Es wird freilich nicht ganz klar, wie sich die Germanen sonst weiterentwickelt hätten. Aber jedenfalls sieht Merkel offenbar eine direkte Linie in die Gegenwart, wenn sie von „Wir als Germanen" spricht, von der großen Faszination jener Schlacht und von „Identität".

EIN FLICKENTEPPICH, DER NICHT KAPUTTZUKRIEGEN IST

Aber was macht sie aus, diese in Merkels Rede zur Varusschlacht angesprochene Identität? Krieg und Kleinstaaterei? Damit liegt man nicht falsch. Der auch heute noch bei jeder Gelegenheit zu hörende Fluch über den „Flickenteppich" – von Schulregelungen bis zu Anti-Corona-Maßnahmen – hat tiefe Gründe. Die (Klein-)Staaterei hat mit der Gründung des Deutschen Reiches nicht aufgehört – denn das Reich war genau das: Die Majestäten von Preußen, Bayern und so weiter schlossen 1871 einen „ewigen Bund" mit Namen „Deutsches Reich" zum Schutze des Bundesgebietes und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Und das Bundesgebiet bestand laut Reichsverfassung aus „Staaten" – von Preußen bis Hamburg.